

Drogen

Bruder des Kokains

Das Chemische Landesuntersuchungsamt Nordrhein-Westfalen warnt vor neuen Drogen, die in der Techno-Szene als Alternative zum Rauschmittel Ecstasy gehandelt werden. „Pulse“ (Stückpreis: zehn Mark), „Herbal E“ oder „Trance“ enthalten laut Händlerangaben vor allem Kräuter, Vitamine und Ginseng. Werbezettel preisen die Mittel als „Energizer“ oder als „natürlichen Bruder von Kokain“. Wegen der „stimulierenden Wirkung“, so das Untersuchungsamt, müßte etwa die Öko-Droge „Pulse“ als Arzneimittel eingestuft werden und dürfte nicht frei verkauft werden. Bisher blieb es allerdings bei der Empfehlung. Der einzige deutsche „Pulse“-Händler verkauft monatlich bis zu 40 000 Pillen.



Techno-Party (in Köln)

INTERVIEW

Parteien

„Praktisch tot“

Hans-Werner Ullrich, 42, Bundessprecher der Statt Partei, über das absehbare Ende seiner Organisation nach dem erzwungenen Abgang des Gründers Markus Wegner



Ullrich

SPIEGEL: Sie fordern die Auflösung Ihrer eigenen Partei – aus Frust?

Ullrich: Ich sehe einfach, daß die Karre Statt Partei festgefahren ist. Wir stellen schon seit langem mehr dar, als wir in Wahrheit sind. Auf Bundesebene und in allen Ländern außer Hamburg ist die Statt Partei praktisch tot. Also muß der Bundesvorstand den Mut haben, sie zu beerdigen.

SPIEGEL: Als die Statt Partei vor zwei Jahren bundesweit gegründet wurde, liefen ihr zahlreiche parteiinterne verdrossene Sympathisanten zu. Ist der Bürgerprotest versackt?

Ullrich: Ja, vollständig. Selbst in Hamburg, wo das einzige noch meßbare po-

litische Leben der Partei stattfand, steht die Bewegung kurz vor dem Zusammenbruch. Die Ideen der Statt Partei sind gescheitert.

SPIEGEL: Welche Ideen?

Ullrich: Wir wollten versuchen, Bürger, die sich der politischen Mitte zugehörig fühlen, trotz Parteienverdruß wieder in die Politik zurückzuführen – ohne Ideologie und zunächst auch ohne konkrete Ziele. Das Motto: Hier habt ihr ein neues Forum, macht was draus.

SPIEGEL: Herausgekommen sind nur endlose parteiinterne Querelen.

Ullrich: Sicher haben Egomanen wie Wegner und andere ihren Teil dazu beigetragen. Zur Zeit besteht die Partei fast nur noch aus Pensionären mit Fax-Anschluß, die mit Thesenpapieren und Protestnoten um sich werfen, und aus karrieresüchtigen Geldgebern, die nach Macht streben. Aber ich bezweifle generell, daß sich aus dem lokalen Protest von Bürgern eine bundesweite Bewegung machen läßt.

SPIEGEL: Das sehen die Statt-Führer ganz anders: Sie wollen die Organisation unverdrossen zur bundesweiten Plattform für lokalen Wählerprotest machen.

Ullrich: Das wird nicht gehen. Wir haben ja versucht, mit Freien Wählergruppen zusammenzuarbeiten, in Hessen etwa. Aber die brauchen uns nicht. Es reicht nicht zu sagen: Wir wollen anders sein. Man muß auch sagen, wofür man ist. Genau das machen Freie Wählergruppen seit Jahrzehnten mit Erfolg. Diesen hohl gewordenen Markennamen Statt Partei braucht dafür niemand.

Karriere

Ein Job für von Stahl

Der ehemalige Generalbundesanwalt Alexander von Stahl, der vor zwei Jahren wegen der Pannen bei der Terroristenfahndung in Bad Kleinen entlassen worden war, hat einen neuen Job gefunden:

Er wird Geschäftsführer des Verbands unabhängiger Finanzdienstleistungs-Unternehmen in Europa e.V. Stahl soll das angeschlagene Image der Branche verbessern, deren Vertretertruppen und Drücker-Kolonnen mit oft dubiosen Methoden Lebensversicherungen, Bausparverträge, Eigentumswohnungen oder Investmentfonds verkaufen. In dem Verband haben sich Finanzvermittler zusammengeschlossen, an denen keine Bank, Bausparkasse oder Versicherung beteiligt ist; das mit Abstand mächtigste Verbandsmitglied ist der umstrittene Strukturvertrieb AWD mit rund 5500 meist nebenberuflichen Vertretern. Stahl, der Anfang des Jahres die Berliner FDP auf strammen Rechtskurs bringen wollte und damit scheiterte, soll nun für „seriöse Arbeit der Vermittler“ sowie für die „Sicherstellung einer bedarfsgerechten Beratung“ sorgen.



Stahl